

»Reichsbürger«-Wahn

»Wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wieder haben – wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wieder haben«, heißt es in einem Lied. Zurück zum Kaiserreich?

Einer hat bereits den Anfang gemacht. Im September 2012 ließ sich der gelernte Koch und ehemalige Karatelehrer Peter Fitzek auf dem Gelände eines ehemaligen Krankenhauses im sachsen-anhaltinischen Wittenberg zum »König von Neudeutschland« krönen. Das »Königreich Deutschland« (<http://koenigreichdeutschland.de/>) versteht sich als »ein Staat, der auf dem Gebiete des Deutschen Reiches, welches völkerrechtlich fortexistiert und dessen Staatsgebiet von der Bundesrepublik Deutschland nur für eine Übergangszeit verwaltet wird, durch eine vorübergehende Sezession (Abspaltung) entstanden ist.« Vollmundig heißt es weiter: »Wenn sich die Ordnung, die Organisation und Struktur des Königreiches Deutschland flächendeckend ausgeweitet hat, wird das Königreich Deutschland die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches in Anspruch nehmen.« Fitzeks »Königreich« hat eine eigene Währung (»Engel-Geld«), stellt eigene Fahrerlaubnisdokumente und Nummernschilder aus und verfügt über eine eigenen Haftpflicht- und Krankenversicherung.

Was auf den ersten Blick eher skurril klingt, ist absolut ernst gemeint und hat einen keineswegs harmlosen ideologischen Hintergrund. Das »Königreich« zählt zur Bewegung der sogenannten »Reichsbürger« bzw. »Reichsregierungen«. Von solchen Gruppen gehen immer häufiger bei Kommunalverwaltungen, Bürgermeistern, Schulleitern, Polizeidienststellen, Gerichten und Politikern Schreiben und E-Mails ein. Verfasst sind die Schreiben oft in aggressivem und drohendem Ton. Behauptet wird, dass die Bundesrepublik Deutschland illegal sei und deshalb nicht existiere. Der deutsche Staat wird als »Besatzungskonstrukt« beschimpft, die Bundesregierung als von »den westlichen Siegermächten aufgezwungenes Statut der Fremdherrschaft über das Deutsche Volk« diffamiert und das Grundgesetz als eine »Fortsetzung des Krieges gegen das Reich« dargestellt. »Reichsbürger« bzw. »Reichsregierungen« behaupten, dass das 1871 gegründete Deutsche Reich beispielsweise in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 (oder vorheriger Jahre) fortbestehe. Sie vertreten die Auffassung, das Deutsche Reich sei juristisch nicht untergegangen, besitze nach wie vor Rechtsfähigkeit, sei allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe, selbst nicht handlungsfähig. Sie negieren damit die Staatlichkeit der Bundesrepublik. Bis zur Wiedereinsetzung einer regulären Reichsregierung nehmen sie ihrem Verständnis nach vorübergehend deren Amtsgeschäfte wahr. »Reichsbürger«, so ihre Auffassung, unterstünden deshalb nicht dem Rechtssystem der Bundesrepublik und hätten dieser gegenüber keine finanziellen und anderweitigen Verpflichtungen. Es gebe keine Pflicht, Bescheide des Bundes, der Länder und der Kommunen zu beachten und Gebühren oder Steuern zu zahlen. Daher ignorieren »Reichsbürger« Verwaltungsakte und verweigern die Zahlung von Steuern, Bußgeldern, GEZ-

oder Anschlussgebühren. Mit ihrer Pseudo-Argumentation wollen »Reichsbürger« und »Reichsregierungen« unter anderem die öffentliche Verwaltung lahmlegen und Verwirrung stiften.

Diese Einstellungen und Handlungsweisen der »Reichsbürger« werden als Revisionismus bezeichnet. Revisionismus ist eine ideologische Klammer, die Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur verbindet. Es geht darum, die nach 1945 in Europa gestaltete Friedensordnung nicht anzuerkennen, sie zu delegitimieren und zu bekämpfen. Die meisten Revisionisten eint das Bestreben, den Nationalsozialismus zu rechtfertigen oder zu relativieren. Ihre geschichts- und gebietsrevisionistische Argumentation ist daher häufig eng mit antisemitischen, fremdenfeindlichen und rassistischen Positionen verbunden und richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Häufig agieren »Reichsbürger« bzw. »Reichsregierungen« aus der Anonymität heraus und sind in manchen Fällen nur virtuell im Internet tätig. Aufgrund der Verschleierung der Identität durch die Nutzung von Providern im Ausland ist eine Strafverfolgung bzw. Namhaftmachung der Autoren durch die Behörden stark erschwert oder nicht möglich. Andere treten mit ihrer vollen Identität auf und bombardieren Ämter und Behörden mit Schreiben. Den Adressaten werden darin im Falle der Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches Strafmaßnahmen angedroht.

Eine einheitliche »Reichsbürgerbewegung« existiert nicht. Die Bewegung setzt sich aus einer Reihe der unterschiedlichsten Personen und Gruppierungen zusammen, die unter Berufung auf das Deutsche Reich – mit im Einzelnen unterschiedlichsten Begründungen – die Existenz Deutschlands leugnen.

Die Akteure der »Reichsbürgerbewegung« sind teilweise tief in die rechtsextreme Szene verstrickt, rufen zur Wahl rechtsextremer Parteien auf oder haben selbst für diese kandidiert. Nicht jeder »Reichsbürger« ist jedoch ein Rechtsextremist. In diesen Kreisen tummeln sich häufig auch Esoteriker, Verschwörungstheoretiker, Querulanten, zahlungsunwillige Finanzextremisten, Verhaltensauffällige und vielfach Personen in prekären sozialen Lagen. Manchmal sind es nur Einzelaktivisten, die auf lokaler oder regionaler Ebene auftreten. An der Spitze von größeren Netzwerken steht oftmals eine Guru-artige Person, umgeben von einer Art Hofstaat. Man spielt Mini-Staat, ruft Königreiche aus, veranstaltet Krönungszeremonien, ernennt Minister, Staatssekretäre und Richter. Zur Finanzierung der Bewegung werden Fantasiepapiere wie Führerscheine, Baugenehmigungen, Personalausweise, Reisepässe, Gewerbescheine und Dienstaussweise verkauft.

Im Regelfall stehen die sektenartigen Gruppierungen untereinander in Konkurrenz. Oftmals zerstreuen sich die Aktivisten untereinander und gründen wiederum eigene »Reichsregierungen«.

Die Ursprünge der wahnhaften und realitätsfernen »Reichsbürgerbewegung« reichen ins Jahr 1985 zurück. Damals rief der Berliner Rechtsextremist und ehemalige Reichsbahnbeamte Wolfgang Ebel die »Kommissarische Regierung des Deutschen Reiches« ins Leben. Diese betrachtete die Weimarer Reichsverfassung von 1919 als nach wie vor gültig. Ebel, der seine »Regierung« zwischenzeitlich umbenannt hat, nennt sich noch heute »Reichskanzler des Staates Deutsches Reich«. Auf seiner Homepage teilt Ebel mit, dass ein Friedensvertrag mit den Alliierten »NUR« mit ihm möglich sei. Er sei »der Generalbevollmächtigte für Deutschland und den Besonderen Statuts für

Berlin«. Ebel wurde in etwa 20 Strafverfahren – unter anderem wegen Amtsanmaßung – für schuldunfähig erklärt.

Als Absplitterung der »Kommissarischen Regierung des Deutschen Reiches« wurde am 8. Mai (!) 2004 im Parkhotel Kronsberg in Hannover die »Exilregierung Deutsches Reich« um Norbert Schittke ins Leben gerufen. Schittke, der sich auch »Fürstregent Norbert Rudolf aus der Familie Schittke zu Romkerhall« nennt, war vormals unter anderem Kreisrat der Partei Die Republikaner und Mitgründer einer Statt Partei. Die Gründungsmitglieder der »Exilregierung« wurden von Schittke auf die Handelsflagge des Deutschen Reiches zur See mit den Worten vereinigt: »Ich verspreche, dass ich das Staatsvolk des Deutschen Reiches gewissenhaft vertreten will, meine ganze Kraft zur Weiterführung des 1945 nicht untergegangenen Deutschen Reiches einsetzen werde«. Das Grundgesetz ist in den Augen der »Exilregierung« »keine deutsche Verfassung, sondern ein alliiertes und oktroyiertes Gesetz für ein besetztes Gebiet.« Die Bundesregierung wird als »Fremdwalter für die Besatzungsmächte nach der Teilkapitulation von Teilen der Wehrmacht« bezeichnet. Wer Bürger des »Deutschen Reiches« ist, bestimmt das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913, heißt es. Im Sinne dieses Gesetzes gilt »Elsaß-Lothringen« als »Bundesstaat« und die »Schutzgebiete« in Übersee als »Inland«. Als »Welt Sensation« wurde zeitweilig auf der Homepage der »Exilregierung« behauptet: »Holocaust Ikone Anne Frank überlebte«. Gefordert wird von den »Amts- und Verantwortungsträgern« der »Exilreging« unter Führung von »Reichskanzler« Schittke unter anderem »die Anerkennung des Deutschen Reiches ohne Belastung durch die Vergangenheit, denn auch sie respektieren jedes Land, ohne dessen Vergangenheit als Makel zu bezeichnen.«

Einer der bekanntesten Vertreter der »Reichsbürgerbewegung« ist der inhaftierte Holocaust-Leugner Horst Mahler. Mahler, einst Terrorist der Roten Armee Fraktion und seit Jahren in der Neonazi-Szene zugange, ist Initiator einer »Völkischen Reichsbewegung«. Deren Intention ist die Schaffung eines »Vierten Reiches«. Deutschland wird von Mahler als »Organisation einer Modalität der Fremdherrschaft (OMF-BRD) bezeichnet. In einem seiner »Reichsbürgerbriefe«, dem »Organ des Allgemeinen Volksaufstandes der Deutschen«, drohte Mahler, dass die »Kollaboration mit der Feindmacht« als »Verbrechen nach Reichsrecht zu ahnden« sei.

Übel antisemitisch und rassistisch agiert die konspirativ wirkende »Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen«. Diese verbreitete 2012 ein achtseitiges Schreiben unter der Überschrift »Ausweisung aus Deutschland«. Es war adressiert »An alle Türken, Muslime und Neger in Deutschland« bzw. »an alle raum-, wesens- und kulturfremde Ausländer in Deutschland, insbesondere an Türken, Muslime und Negroide (Schwarze und Halbschwarze)«. In diesem Schreiben werden in Deutschland lebende Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund unter Androhung ihrer Ermordung zur Ausreise aus Deutschland aufgefordert. Das Schreiben ging unter anderem an die Israelitische Synagogen-Gemeinde zu Berlin, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und den Zentralrat der Juden in Deutschland. Auf der Internetseite der »Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen« wurde die fremdenfeindlich motivierte Mordserie des Massenmörders Anders

Breivik in Norwegen positiv dargestellt und zur Bildung von »Freien Reichsstreitkräften« aufgerufen.

Offen neonazistisch tritt die »Reichsbürgerbewegung« um die »Neue Ordnung« von Meinolf Schönborn auf. Schönborn war einst Führer der »Nationalistischen Front«. Der Neonazi-Verein wurde 1992 vom Bundesinnenminister wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten. Die »Neue Ordnung« propagiert eine ausländerfeindliche und rassistische Weltanschauung und verfolgt die bereits durch den Nationalsozialismus propagierte Idee der Volksgemeinschaft. In der Selbstbeschreibung der Organisation heißt es: »Wir sind kein Verein, keine Partei, sondern ein durch den Reichsgedanken und durch den Willen zum Widerstand gegen Verwahrlosung, Landnahme durch Migranten und Fremdherrschaft zusammengefügte Bewegung von Deutschen, die noch Deutsche sein wollen.« In ihren »Leitlinien für Deutsche« empfiehlt die »Neue Ordnung« unter anderem den Beitritt zu Schützenvereinen, Kampfsportschulen und sonstigen Sportvereinen sowie die Teilnahme an Orientierungsmärschen zwecks Erwerbens der Fähigkeit zum Selbstschutz.

Im gesamten deutschsprachigen Raum aktiv ist die »Europäische Aktion« um die Holocaust-Leugner Rigolf Hennig im niedersächsischen Verden und den Schweizer Bernhard Schaub. Die selbst ernannte »Bewegung zur politisch-kulturellen Erneuerung ganz Europas« will jene Europäer vereinen, »die den ›american way of life‹ samt der ›pax americana‹ satt haben und die Verlogenheit und Verächtlichkeit der ›Political Correctness‹ und des gesamten gegenwärtigen Systems durchschauen.« Hennig steht zugleich dem 1995 gegründeten »Freistaat Preußen« vor.

In den letzten Jahren wurden aus Reihen der »Reichsbürger« weitere Vereinigungen gegründet, darunter: »Deutsches Amt für Menschenrechte«, »Internationales Zentrum für Menschenrechte«, »Regierung des Deutschen Reichs«, »Volks-Bundesrath«, »Volksbewegung Dem Deutschen Volke«, »Volksgruppe-Ringvorsorge (Germaniten)«, »NeuDeutschland«, »Fürstentum Germania«, »Republik Freies Deutschland«, »Deutsches Polizei Hilfswerk«, »Justizopfer-Hilfe«, »Weltweiter Verband deutscher Staatsbürger«, »Reichsdeutsche in Preußisch-Börnecke«, »Volksstaat Württemberg«, »Initiative VolksSelbstbestimmung – Direkte Demokratie – Thing Gemeinschaft«, »Republik Freies Deutschland« und andere.

Auch wenn sich die Mitgliederzahl der in sich zersplitterten und verfeindeten »Reichsbürger«-Szene im niederen vierstelligen Bereich bewegen dürfte, muss dieser Bewegung konsequent mit allen strafrechtlichen Maßnahmen entgegengewirkt werden. Die krude Melange aus rechtsextremem Gedankengut, gepaart mit wahnhafter Esoterik, Spinnerei, Verfolgungswahn und Missionierungseifer kann sich jederzeit in Gewalt entladen und Unschuldige treffen.